

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

Betreff: **Umgang mit Ergebnissen der Bürgerbefragung 2010**

Bezug: Vorlage 912/2010

Anlagen: 1. Anlage1

Zusammenfassung:

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung „Minus 10 Prozent“ wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Auswertung sowie die zusätzlichen Einzelantworten, Vorschläge und Anmerkungen dienen der Verwaltung als Grundlage für weitere Entscheidungen. Ein gutes Beispiel der Bürgerbeteiligung ist das Beteiligungsverfahren beim geplanten Verkehrsknoten der B27 im Bereich des zukünftigen Schindhautunnels. Es wurde auf Anregung der Stadtverwaltung initiiert und mit Erfolg durchgeführt.

Durch ehrenamtliche Tätigkeit können keine Kosten eingespart werden. Bürgerinnen und Bürger brauchen aber gute Bedingungen, wenn sie sich engagieren möchten. Ein Beispiel ist das Projekt (M)ein Stück Tübingen für Grünpflegepatenschaften. Zum Tourismus wird eine Konzeption erarbeitet.

Den Vorschlägen, kulturelle Einrichtungen zu schließen, wurde nicht entsprochen. Das neu eingerichtete Beschwerdemanagement im Fachbereich Tiefbau kann nun besser auf Probleme und Missstände im öffentlichen Raum reagieren. Für die Reduzierung von Einbahnstraßen, wie um den alten botanischen Garten werden von der Verwaltung mittelfristig Grundlagen für eine Entscheidung im Gemeinderat erarbeitet. Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt werden in der nächsten Zeit kontinuierlich erhöht.

Der Abschlussbericht des Instituts für öffentliche Verwaltung Speyer zur Bürgerbefragung wurde den Fraktionen vor der Sommerpause über den Fraktionsverteiler zugestellt.

Ziel

Information des Gemeinderates über die bisherigen Entwicklungen, exemplarisch an einigen Beispielen. Abschluss der Befragung.

Bericht

1. Anlass/Problemstellung

Im Rahmen der repräsentativen Bürgerbefragung zur Haushaltskonsolidierung 2010 wurden die Tübingerinnen und Tübinger befragt wo ihrer Meinung nach eher und wo eher nicht gespart werden sollte. Von den 1.000 repräsentativ ausgewählten Tübingerinnen und Tübinger hatten 409 den Fragebogen ausgefüllt, bei der offenen Befragung hatten 794 geantwortet. Zusätzlich wurden 1.301 Vorschläge und Anmerkungen gemacht. Die wissenschaftliche Auswertung der Bürgerbefragung und die weiteren Vorschläge und Anmerkungen geben Hinweise auf Handlungsbedarfe. In der Vorlage 912/2010 wurde zugesagt, über den Umgang mit den Ergebnissen sowie über die Schwerpunkte Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten, Ehrenamt, Wirtschaftsförderung und Tourismus zu berichten. Über den Handlungsbedarf und die Entwicklungen seit Herbst 2010 wird im Folgenden exemplarisch über einige Schwerpunkte und zu ein paar Einzelschlüssen kurz berichtet. Damit wird die Bürgerbefragung 2012 abgeschlossen.

2. Ergebnisse

a. Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten

Frühzeitige Beteiligung von Betroffenen, Interessenvertretungen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Stadtentwicklung und Information der Öffentlichkeit sind in Tübingen Standard. Als hervorragendes Beispiel sei hier auf die Entwicklung, Aufwertung und Neugestaltung des Südlichen Stadtzentrums als eines der zentralen Stadtentwicklungsprojekte der Universitätsstadt Tübingen in den nächsten Jahren genannt. Der Neubau des zentralen Busbahnhofs, Entwicklung der Baugrundstücke Europaplatz und Foyer, Umgestaltung der Verkehrsführung, Aufwertung des öffentlichen Raumes, Stärkung der Nutzungsmischung und des Handels sowie die Verknüpfung der Handelsstandorte Altstadt und Südliches Stadtzentrum werden mit breiter Bürgerbeteiligung und umfassender Information der Bevölkerung geplant.

Auch zu Vorhaben in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums, wie zum Beispiel der geplante Verkehrsknoten der B27 im Bereich des zukünftigen Schindhautunnells, wurde auf Anregung der Stadtverwaltung ein Bürgerbeteiligungsverfahren initiiert.

Neben einer frühzeitigen Information zu allen städtebaulichen Entwicklungen wird im Zusammenhang mit allen größeren Entwicklungsprojekten (Mühlenviertel, Alte Weberei, Wennfelder Garten, Güterbahnhof, etc.) über Runde Tische eine möglichst repräsentative Beteiligung am Planungsprozess umgesetzt.

b. Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements wurden viele Anregungen zur Mitarbeit gegeben um Kosten einzusparen. Besonders häufig wurde das Engagement im Bereich der Pflege von öffentlichen Grünflächen, Baumpatenschaften und Ähnliches genannt. Dieses Anliegen wurde 2011 mit den Grün-Patenschaften „(M)ein Stück Tübingen“ erfüllt. Seit der Bekanntmachung wurden über 30 neue Patenschaften übernommen. Zudem bekommen die Patinnen und Paten Gutscheine für Laubsäcke.

Zur Verbesserung der Bekanntmachung von Möglichkeiten, bei denen man sich freiwillig engagieren kann, wurde im Rahmen des Projekts „BEST“ die Freiwilligenbörse www.engagiert-im-kreis-tuebingen.de eingerichtet. Sie ist eine Ergänzung zur persön-

lichen Beratung, die das BüroAktiv Tübingen e.V. anbietet.

Freiwilliges Engagement kann und darf hauptamtliche Tätigkeiten nicht ersetzen. Das Engagement ist freiwillig und zusätzlich. Engagierte brauchen die Unterstützung und Begleitung durch Hauptamtliche. Alle Engagierten tragen dazu bei, die Lebensqualität in Tübingen zu sichern. Um das Engagement und die Bereitschaft sich zu engagieren und zu fördern sind gute Rahmenbedingungen und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Die Weiterentwicklung fördernder Strukturen und Formen der Anerkennung des Engagements sind langfristige Aufgaben. Dazu führte die Beauftragte für Bürgerengagement im Frühjahr 2012 einen Workshop durch, an dem sich 80 Engagierte beteiligten. Erarbeitet wurden Ideen und Möglichkeiten wie die interne Kommunikation unter den Engagierten, die Öffentlichkeitsarbeit, unterstützende Strukturen durch die Stadt, gesicherte Finanzierung für Vereine, Anerkennung und Bürgerbeteiligung verbessert werden könnten.

c. Wirtschaftsförderung

Mangels Personal konnten zum Thema Wirtschaftsförderung nur Grundlagenarbeiten erfolgen. Mit dem Wirtschaftsförderer, der am 1. November 2012 sein Amt angetreten hat, wird dieses Thema verstärkt angegangen.

d. Kultur

Die Reduzierung touristischer Attraktionen, wie z.B. der Verzicht auf die Weihnachtsbäume und den öffentlichen Blumenschmuck oder die Schließung der Kulturhalle, Auflösung der Musikschule, Streichung der Zuschüsse für das Zimmertheater oder die Filmtage wurden nicht vorgenommen. In Anbetracht der Bedeutung dieser Einrichtungen für die Attraktivität Tübingens, sowohl für seine Bewohnerinnen und Bewohner als auch Touristen, wurde nach Lösungen für den Erhalt und Fortbestand dieser Einrichtungen gesucht.

e. Unterhalt öffentlicher Raum/Infrastruktur

Für Hinweise auf Probleme und Missstände im öffentlichen Raum ist seit Beginn des Jahres 2012 beim Fachbereich Tiefbau ein Beschwerdemanagement eingerichtet. Sämtliche Meldungen und Hinweise auf Schlaglöcher, Probleme mit der Sauberkeit, der Grünunterhaltung usw. werden in das Verwaltungshandeln eingespeist. In den nächsten Wochen soll die telefonische Kontaktnummer bzw. die Email-Adresse offensiv beworben werden, um näher an den täglichen Problemen im öffentlichen Raum zu sein.

Bei der Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen ist das Patenschaftsprojekt „(M)ein Stück Tübingen“ zwischenzeitlich wirksam (siehe 2 b).

f. Verkehrskonzept – weniger Einbahnstraßen

Als besonders problematisch werden von der Verwaltung die beiden Einbahnstraßenringe in der Innenstadt eingeschätzt. Im Südlichen Stadtzentrum wird im Zusammenhang mit der Umgestaltung ein Gegenverkehrssystem eingeführt, um die Umwegfahrten zu reduzieren. Für die Aufhebung des Einbahnstraßenringes um den botanischen Garten werden längerfristig von der Verwaltung entsprechende Grundlagen erarbeitet, die eine Entscheidung des Gemeinderates ermöglichen. Eine darüber hinausgehende Aufhebung von einzelnen Einbahnstraßen ist aufgrund der bestehenden Fahrbahnbreiten oftmals rechtlich schwierig und wird von Seiten der Verwaltung daher nicht weiterverfolgt.

g. Fahrradparkplätze Innenstadt

Die Verwaltung wird in den nächsten Wochen kontinuierlich die Anzahl der Fahrradabstellanlagen erhöhen (Münzgasse, Mühlstraße, später östlicher Altstadttrand). Darüber hinaus werden auch am Rand der Innenstadt entsprechende Orte gesucht. Aufgrund der hohen Flächenkonkurrenz innerhalb der Innenstadt sind die Möglichkeiten hierzu aber begrenzt.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Bürgerbefragung von 2010 und die Berichterstattung über den Umgang mit den Ergebnissen wird mit dieser Vorlage abgeschlossen. Dank der inzwischen stark ausgebauten Beteiligung von Betroffenen, Interessengruppen und Bürgerinnen und Bürgern in fast allen Bereichen des Verwaltungshandelns kann sicher gestellt werden, dass die Vorschläge, Ideen und Wünsche bei der Planung und Umsetzung in Zukunft zufriedenstellend berücksichtigt werden. Bei Bedarf könnte wieder eine Bürgerbefragung oder ähnliches durchgeführt werden, in der neben der Zufriedenheit mit den Leistungen und Angeboten der Stadtverwaltung auch ein spezielles Thema in den Vordergrund gerückt wird, zu dem eine Meinung der Bürgerinnen und Bürger gewünscht ist.

4. Anlagen

Vorrangige individuelle Vorschläge und Anmerkungen